


86. Sitzung, Dienstag, 9. Dezember 2008, 19.45 Uhr

Vorsitz: *Regula Thalmann (FDP, Uster)*

Verhandlungsgegenstände
4. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2009 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2009 bis 2012 (KEF 2009) (Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 10. September 2008, Nachtrag vom 5. November 2008 und geänderter Antrag der FIKO vom 20. November 2008, **4543b**..... Seite 5593

Verschiedenes

– Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 5611

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

4. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2009 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2009 bis 2012 (KEF 2009) (Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 10. September 2008, Nachtrag vom 5. November 2008 und geänderter Antrag der FIKO vom 20. November 2008, **4543b**

Fortsetzung der Beratungen

Konto 4950, Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

Antrag 5, *Antrag FIKO*

(bei Annahme der Anträge 7 und 12 reduzieren sich die 89'377'784 Franken entsprechend)

Das Budget soll ausgeglichen sein.

Die Regierung wird beauftragt, den Aufwandüberschuss von Fr. 89'377'784 (gemäss Novemberbrief und/oder dem nach geführter Ratsdebatte verbleibenden Aufwandüberschuss) zu kompensieren.

Dabei sind sämtliche Direktionen nach Potenzial für Aufwandsenkungen zu durchforsten, insbesondere dort, wo die Globalbudgets eine überdurchschnittliche Aufwandsteigerung aufweisen (u. a. Bildung und Gesundheit mit 7,5 % bzw. 6,3 %). Zu prüfen ist auch die Steigerung von 3,1 % bei der Lohnsumme. Erfahrungsgemäss fällt die Lohnsumme aufgrund von unbesetzten Stellen, Rotationsgewinnen usw. tiefer als budgetiert aus.

Die KEF-Periode kündigt, begründet durch die Ereignisse in der (Finanz-)Wirtschaft und die überproportional hohen Investitionen, eine schwierige Phase an.

Die Prioritätensetzung muss überprüft und entsprechende Massnahmen müssen in die Wege geleitet werden.

Antrag 5a. *Minderheitsantrag Julia Gerber, Raphael Golta, Hans Lüubli (FIKO)*

gemäss Antrag des Regierungsrates

Antrag 6. *Minderheitsantrag Hansueli Züllig, Martin Arnold, Jakob Schneebeili, Theo Toggweiler*

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. 310'265'554

neu: Fr. 527'765'554

Verbesserung: Fr. 217'500'000

Die Steigerung des betrieblichen Aufwands ist auf 2 % gegenüber dem Budget 2008 (11'676 Mio.) festzulegen. Der betriebliche Aufwand im Budget 2009 soll demnach um 234 Mio. angehoben und auf

neu 11'910 Mio. festgesetzt werden. Mit Blick auf die KEF-Periode soll bereits für das Budget 2009 eine moderate Kostensteigerung (+ 2 %) eingestellt werden.

Antrag FDP, CVP, GLP, SVP

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. 310'265'554

neu: Fr. 411'265'554

Verbesserung: Fr. 101'000'000 (bei Annahme der Anträge 7 und 12 reduziert sich der Betrag entsprechend)

Die Steigerung des betrieblichen Aufwands ist auf 3 % gegenüber dem Budget 2008 (11'676 Mio.) festzusetzen. Der betriebliche Aufwand im Budget 2009 soll demnach um 350 Mio. angehoben und neu auf 12'026 Mio. festgesetzt werden. Mit Blick auf die KEF-Periode soll bereits für das Budget 2009 eine moderate Kostensteigerung (+ 3 %) eingestellt werden.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden), Präsident der Finanzkommission:

Ich spreche zum Antrag der Finanzkommission. Mit dem Antrag wird der Regierungsrat beauftragt, sämtliche Direktionen und Ämter auf weiteres Sparpotenzial zu überprüfen. Namentlich in den Bereichen, welche ein überdurchschnittliches Aufwandwachstum aufweisen, Bildung 7,5 Prozent, und Gesundheit, 6,3 Prozent, sollen die Möglichkeiten für Aufwandreduktionen ausgeschöpft werden. Mit Blick auf die Planungen im KEF liegt der Kommissionsmehrheit daran, bereits für das Budget 2009 Verbesserungen zu erzielen.

Eine Kommissionsminderheit lehnt diesen generellen Verbesserungsantrag ab.

Die Verbesserung beträgt bereinigt 69,378 Millionen Franken und führt zu einem ausgeglichenen Budget 2009.

Im Auftrag der Finanzkommission mache ich Ihnen beliebt, diesen Antrag zu unterstützen.

Katharina Weibel (FDP, Seuzach): Ich bemühe einen kurzen Satz aus meinem Grundsatzreferat: «Finanzpolitik lässt sich nicht über das Budget machen. Dort wird umgesetzt, was im KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) vorgeschlagen ist.» Wenn die Regierung im Sommer 2008 ein ausgeglichenes Budget hat vorschlagen wollen, dann haben wir sie darin zu unterstützen. Wenn die SVP das

Budget um 218 Millionen Franken verbessern will, und die SP das Budget um 225 Millionen Franken verschlechtern wollte, dann liegt die schwarze Null fast in der arithmetischen Mitte. Zum Zeitpunkt der Budgetvorbereitung lagen uns nur diese Maximalforderungen vor – Forderungen, die im Rat keine Mehrheit finden. Es geht nun der FDP also darum, zum Wohl des Kantons Zürich eine Lösung herbeizuführen, die eine Zustimmung zum Budget möglich macht. Wir sind der Meinung, dass alle Direktionen zu durchforsten und Strukturen zu hinterfragen sind. Aus unserer Sicht müsste diese Überprüfung zu einer rollenden, wiederkehrenden Planung, zu einem Prozess werden. Braucht es in jeder Direktion eine Medienabteilung? Können Informationspools wegen der Internetportale verkleinert werden? Sind Räumlichkeiten dem aktuellen Bedarf, den aktuellen Strukturen angepasst? Löst der Kanton die optimal zu erreichenden Mieteinnahmen bei seinen Liegenschaften? Wenn schon Gebühren, entsprechen sie den tatsächlichen Aufwänden und sind die Differenzen gegebenenfalls klar begründet?

Als Milizpolitikerinnen und -politiker haben wir noch Dutzende solcher Ideen und Fragen. Wer aber diese Ideen beurteilen und realisieren kann, ist klar. Das sind die Vorsteherinnen und Vorsteher der Direktionen. Dass wir die beiden aufwandstarken Direktionen ins Visier nehmen, ist naheliegend. Mit einem Aufwand von 2,1 Milliarden Franken in der Gesundheit und 3,2 Milliarden Franken in der Bildung sehen wir zwar ein, dass die vor allem durch Bundesgesetze festgelegten Beiträge enorm hoch sind. Trotzdem verstehen wir die Aufwandssteigerungen bei den Fachhochschulen und der Universität nicht. Ich meine die überproportional zu den Studierendenzahlen wachsenden Kosten für den Kanton Zürich. Müssen diese zusätzlichen Aufwände allein durch den Kanton berappt werden? Wir wollen nicht in die Strukturen investieren. Aussagen wie «spätestens ab 2009 sind in allen Fachbereichen Masterstudien-Lehrgänge geplant» sagen nichts über die Qualität, nichts über Wettbewerb unter den Kantonen aus. Ob da ein Schreibtischstruktur-Täter, losgelöst von der Realität, im besten Fall den Strukturbedarf – Wunschbedarf kann das wohl nicht sein – formuliert hat? Wir wollen Bildungsqualität und keine Planstruktur.

Ja, es ist unschön, wenn wir wegen der technischen Umsetzung den Vorgaben aus dem CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*) den Antrag in der Leistungsgruppe 4950 haben stellen müssen. Die eben erwähnte Ausgangslage hat uns dazu veranlasst. Wir wollen ein ausgeglichenes Budget.

Wir Freisinnige werden den SVP-Antrag mit einer Maximalaufwandsteigerung von 2 Prozent ablehnen. Wir werden heute aus technischen Gründen auch den Finanzkommissions-Antrag ablehnen. Gleichzeitig werden wir den neuen Antrag, den eben eingereichten der Fraktionen FDP, SVP, CVP und GLP unterstützen. Wir wollen heute ein Budget für den Kanton Zürich. Es bringt Klarheit beim Personal, im Gewerbe, im Kantonsrat und wohl auch in der Regierung. Ein solches Handeln stärkt den Kanton Zürich. Der Antrag ist das Resultat von der konstruktiven Zusammenarbeit von vier Fraktionen – eine erfreuliche Ausgangslage, hoffentlich auch für die Zukunft.

Worum geht es bei diesem Antrag? Es geht um ein ausgeglichenes Budget, darum, dass alle vier Fraktionen sich haben einbringen können. Wir kombinieren nämlich zwei Ideen, das ausgeglichene Budget auf der einen Seite und die Aufwandsteigerungsbegrenzung auf der anderen Seite. Die Steigerung des betrieblichen Aufwands ist somit auf zirka 3 Prozent gegenüber dem Budget 2008 festzusetzen. Das bedeutet gegenüber 2008 eine Aufwandsteigerung von 350 Millionen Franken. Natürlich werden die bereits beschlossenen Aufwandminderungen mit diesem neuen Antrag verrechnet. Für die SVP, die CVP, die GLP und für uns ist das ein gangbarer Kompromiss und angesichts der doch angespannten Lage in der Wirtschaft absolut vernünftig und massvoll. Der Kanton Zürich braucht ein Budget verbunden mit einem klaren Signal. Wir müssen bei den Ausgaben auf die Bremse stehen.

Ich bitte Sie um Unterstützung dieses Vorgehens, um die Unterstützung des neu eingereichten Antrags.

Raphael Golta (SP, Zürich): Einmal mehr werden wir zu einem seltsamen Zeitpunkt von einem neuen Antrag, anscheinend dem bürgerlichen Kompromissantrag, überrascht. Ich hoffe sehr, dass dieser Antrag in Ihrem Sinn etwas besser vorbereitet ist, als es dies der Antrag war in der Finanzkommission, der irgendwie auch schon als Antrag der Mitte und der Bürgerlichen daherkam. Uns wurde dieser Antrag damals am Abend vor der entsprechenden Finanzkommissions-Sitzung verschickt. Zuvor wurde er in allen anderen Fraktionen beraten. Das Resultat war, dass zwar hier eine sehr breite Mehrheit diesem Antrag zugestimmt hat, aber Sie dann blöderweise die SVP nicht mehr an Bord hatten, wenn es um die Schlussabstimmung zum Budget ging

und Sie uns dann etwas überrascht ansahen, als wir das Budget abgelehnt haben. Ich wünsche Ihnen von Herzen, dass es Ihnen diesmal ein bisschen besser gelingt und vielleicht dieser Antrag besser vorbereitet ist.

Das Gesetz gibt dem Kantonsrat relativ viel Spielraum, was das Budget und die entsprechenden Entscheide anbelangt. Schliesslich hat der Kantonsrat die Budgetkompetenz. Es ist allerdings auch so, dass alle hier vorgetragenen Anträge, ob begründet oder unbegründet, am gleichen kranken, sie widersprechen nämlich absolut dem Geist der Gesetzgebung, die sich der Kantonsrat selber gegeben hat. Die verschiedenen Anträge von bürgerlicher Seite zu den Pauschalkürzungen sind in dem Sinn auch nicht besser oder schlechter als die andern. Das Problem ist, dass im Gegensatz zum Kantonsrat, der zwar jeden Unsinn beschliessen kann, zumindest die Regierung dann aber basierend auf den Gesetzen entscheiden sollte. Basierend auf den Gesetzen heisst, dass die Regierung Leistungsgruppe für Leistungsgruppe, oder wie wir früher sagten, Globalbudget für Globalbudget an den Beschluss des Kantonsrates gebunden ist. Samuel Ramseyer, das war vorhin kompletter Unsinn, was Sie uns erzählt haben, das basiere auf Gesetzen, dass Sie hier übergreifend über alle Direktionen einen Saldo beschliessen könnten. Ich weiss nicht ganz, wie es möglich ist, dem Kantonsrat die Gesetzgebung gerade auch im Finanzhaushaltsbereich näher zu bringen. Vielleicht müsste man einmal die Gesetzessammlung als Hörbuch herausgeben oder als Comic. Vielleicht könnte die Finanzdirektorin gemeinsam mit der Bildungsdirektorin ein Lehrmittel veranlassen, dass diese Gesetzgebung auch gerade nicht zuletzt dem Präsidenten der Bildungskommission näher gebracht werden könnte.

Der Regierungsrat muss also Ihren Antrag zum Konto 4950 auch im Konto 4950 umsetzen. Die Finanzdirektorin kann uns dann vielleicht noch sagen, wie sie dies genau tun will, wobei schon klar ist, dass die Regierung da vielleicht ein bisschen Ausflüchte suchen könnte. Schliesslich war es nicht zuletzt die Aufsichtskommission über die Finanzen, welche genau einen solchen unsinnigen Antrag in ihrer Mehrheit beschlossen hat und vermutlich, wenn es denn im Nachhinein darum geht, die Aufsicht über diesen Antrag anzuschauen, vielleicht auch die Augen verschliessen wird. Wir werden es sehen.

Sie, meine Damen und Herren der bürgerlichen Ratsseite, hebeln ein austariertes System aus. Sie stellen die Budgetkompetenz des Kantonsrates in Frage. Unter Kompetenz meine ich alle Dimensionen dieses Begriffs. Stellen Sie sich vor, alle übrigen Fraktionen würden sich

auch noch entsprechende Anträge wie deren drei, die wir auf dem Tisch haben, überlegen. Da kämen auch noch die Grünen und würden vielleicht einen Überschuss von 122 Millionen Franken wollen. Die EVP hätte gerne 131 Millionen Franken, die EDU 82 Millionen Franken, und wir hätten gerne 7 oder 7,328 Millionen Franken. Worauf würde das hinauslaufen? Wer hat noch nicht, wer will noch mal! Das Motto der Budgetdebatte wäre komplett absurd als Resultat. Der Rat würde seine Kompetenz in jeder Form abgeben. Wir tun dies nicht aus Respekt vor dem Gesetz und vor dem kantonalen Budget.

Katharina Weibel hat uns vorhin gesagt, sie verstehe nicht, warum diese einzelnen Aufwandsteigerungen zustande kommen. Der Kantonsrat hat einige Monate Zeit, die einzelnen Globalbudgets beziehungsweise Leistungsgruppen anzuschauen. Offensichtlich kamen die Erklärungen nicht herein, oder die Erklärungen wurden nicht abgefragt, weil man sie vielleicht auch nicht wissen wollte. Im Grundsatz ist es so, dass es nicht gänzlich überrascht, dass die SVP nichts von Gesetzen hält, die sie nicht selber beschlossen hat. Bei der FDP, der CVP und den übrigen Parteien mag es doch ein bisschen zu überraschen, dass sie Gesetze, die sie einmal unterstützt haben, nun nicht mehr mitzutragen bereit sind beziehungsweise, wenn es um die Umsetzung geht, kneifen.

Wir stimmen heute nicht wirklich darüber ab, wie hoch das Defizit des Kantons Zürich oder der Überschuss des Kantons Zürich im nächsten Jahr herauskommt. Nein, es geht tatsächlich um die Ausübung der Budgetkompetenz und die Glaubwürdigkeit des Kantonsrates im Bereich der Budgetkompetenz und auch in seiner Glaubwürdigkeit sich selber gegenüber als Gesetzgeber.

Die SP will auch ein Budget, aber nicht irgendein Budget. Die SP will ein Budget, das auf den basierenden Gesetzen beruht. Ein Antrag, basierend auf dem Antrag des Regierungsrates, fände die Unterstützung der SP-Fraktion.

Hansueli Züllig (SVP, Zürich): Anfangs der Eintretensdebatte habe ich namens der SVP den Antrag gestellt, den betrieblichen Aufwand auf Maximum 2 Prozent oder sprich 217 Millionen Franken zu setzen. Daran hat sich grundsätzlich nichts geändert. Ich habe auch gesagt, dass Sparen bei uns kein Thema ist, weder bei der Mehrheit der Regierung noch bei den Links- und Mitte-Parteien. Heute werden wir eines Besseren belehrt. Aber bei den Linken ist es eben immer noch kein Thema. Sie haben immer noch nichts gelernt – einmal mehr wie

jedes Jahr natürlich. Wenn ich vom Sparen rede, so meine ich natürlich Sparen bei unserem aufgeblähten Staatsapparat und nicht bei den Investitionen. Die SVP ist auch nach der Beratung des Budgets der Meinung, dass dieses Ziel erreichbar ist, zumal dieser Betrag sich in einem sehr schwer steuerbaren Streubereich bewegt. Warum können Sie sich nicht mit dieser Vorstellung anfreunden? Sie wollen einfach nicht, und Sie haben es nicht begriffen. Anscheinend ist die Schmerzgrenze des Machbaren noch nicht überall erreicht. Sie glauben immer noch daran, dass Manna vom Himmel fällt, das langfristig den Ausgabehunger der Verwaltung stillen wird. Das können Sie vergessen.

Die SVP kennt ihre Verantwortung und hat nach Lösungen gesucht. Glauben Sie mir, die SVP hat gerungen, aber auch eine Lösung gefunden, welche uns ein Budget bringen wird. Eine Lösung, die mehrheitsfähig ist. Eine Lösung, welche zwar von unseren Vorstellungen abweicht, aber dem Ziel, ein Budget zu erreichen, wenn auch mit einer schwarzen Null, sehr nahe kommt.

Wir von der SVP werden daher den neuen Vorschlag von CVP, GLP, FDP und von uns, den maximalen betrieblichen Aufwand auf 3 Prozent, sprich 100 Millionen Franken zu begrenzen, selbstverständlich unterstützen. Ich danke an dieser Stelle allen kompromissbereiten Parteien.

Hans Lüubli (Grüne, Affoltern a. A.): Raphael Golta hat schon sehr viel gesagt, so dass ich etwas kürzer bleiben kann. Inhaltlich stimme ich weitestgehend mit dem überein, was er gesagt hat.

Die drei Anträge, die da in Nacht- und Nebelaktionen gebastelt wurden – zwei davon zumindest –, haben eines gemeinsam: Es sind unseriöse Taschenspielertricks. Wie Raphael Golta gesagt hat, hebeln Sie – Sie, die immer davon reden, die Hüter der Demokratie zu sein – die Rechte des Parlaments aus. Sie sind nicht bereit und vielleicht auch nicht in der Lage dazu, konkrete Sparanträge zu stellen. Sie machen das über einen technischen Budgetposten und überlassen es Ihrer Regierung, was sie damit anfangen kann. Sie übernehmen keine Verantwortung. Mit einem so genannten Kompromiss hebeln Sie auch einen Teil des Diskurses aus, den Sie nicht bereit sind, zu führen. Sie drücken Ihre Vorstellungen durch und haben keinerlei Konsensfähigkeit. Sie verweigern die Diskussion, indem Sie einen Abend vorher in die Finanzkommission kommen mit einem Antrag, der in den Fraktionen nicht diskutiert werden konnte, der eben bei Nacht und Nebel ausgeheckt wurde. Und hier passiert das Gleiche ein zweites Mal.

Ich mag Ihnen den Kompromiss gönnen. Ich mag Ihnen auch den Erfolg gönnen, aber die Grünen werden ganz sicher einem solchen Antrag nicht zustimmen.

Regula Götsch (SP, Kloten): Schauen Sie, wir können in Zukunft wahnsinnig viel Geld sparen. Das Budget wird in Zukunft auf diesem Zettelchen (*sie hält einen Zettel von ca. 6 x 6 cm in die Höhe*) Platz haben. Wir haben oben Aufwand, Ertrag, Saldo. Welche Zahlen stehen, ist eigentlich vollkommen egal, weil Ihnen auch vollkommen egal ist, welche Aufgaben dieser Kanton wie erfüllen will. Aber es ist gut, wir haben keine Druckkosten mehr. Die einen finden 3 Prozent, die anderen 2 Prozent, irgendwann einigt man sich dann, wenn man von der Sitzungszeit her genug hat.

Ich bin erschüttert über die FDP, die einmal noch führend war, als es darum ging, das Parlament gegenüber der Regierung zu stärken. Man wollte mehr Einfluss haben mit dem neuen Kantonsratsgesetz. Dass die SVP das nie wollte, wissen wir. Allerdings wundere ich mich dann doch, dass sie immer sagt, sie hätte keinen Einfluss, und es sei alles so schlimm, und die Regierung mache, was sie wolle. Sie aber geben mit solchen Saldoanträgen im Budget alle Macht der Regierung. Das wundert mich dann doch, vor allem von der FDP.

Brigitta Leiser (CVP, Regensdorf): Die Ablehnung des Budgets 2009 in der Finanzkommission hat die CVP sehr erstaunt. Hartnäckigkeit, ja Sturheit bringt unseren Kanton nicht weiter. Wir müssen mit einem Budget ins neue Jahr. Es wäre unverantwortlich, in der heutigen Situation budgetlos dazustehen. Wir von der CVP sind uns der Verantwortung bewusst und zeigen Bereitschaft, dass wir die Ausgaben in den Griff bekommen. Nein, wir müssen sie in den Griff bekommen müssen. Deshalb waren wir auch für den Kürzungsantrag der Minderheit von FDP, GLP und CVP. Damit wir heute einem gültigen Budget 2009 zustimmen können, werden wir dem neuen Antrag mit Zähneknirschen zustimmen. Wir glauben, dass in den Globalbudgets oder Leistungsgruppen Reserven eingebaut und vorhanden sind, die nicht unbedingt ausgegeben werden müssen.

Peter Ritschard (EVP, Zürich): Wenn die Finanzkrise verbunden mit einer Konjunkturverschlechterung anhält, muss später schon einmal über eine Reduktion der Ausgaben befunden werden. Aber heute ist es

dafür zu früh. Wo die Einsparung von 101 Millionen Franken erfolgen soll, liegt im Dunkeln. Die EVP-Fraktion lehnt sowohl Sparrunden beim Personal wie auch unmotivierte Einsparungen beim Sachaufwand ab.

Der Kantonsrat ist nach dem CRG verpflichtet zu entscheiden, wo und wie viel in den 120 vorgelegten Einzelbudgets gespart werden soll. Für die EVP-Fraktion ist der 101-Millionen-Franken Antrag unseriös. Wir sind erstaunt, dass die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat der bürgerlichen Mehrheit im Regierungsrat nicht vertraut. Die EVP-Fraktion hält an dem von der Regierung vorgelegten Budget fest.

Thomas Maier (GLP, Dübendorf): Ich spreche ebenfalls gleich zu allen drei nun vorliegenden Anträgen.

Der ursprüngliche Antrag der SVP hat einiges für sich für die Grünliberalen und schien sehr verlockend. Vor allem müssen wir im Unterschied zu den Vorjahren der SVP zugute halten, keinen klassischen Rasenmäherantrag gestellt zu haben. Er ist in dem Sinn moderat, dass die Aufwandsteigerung auf 2 Prozent begrenzt werden sollte, da wir es in den nächsten Jahren tatsächlich mit sehr grossen Aufwandsteigerungen zu tun haben im Kanton. Im Unterschied dazu strebt der Mehrheitsantrag der Finanzkommission ein ausgeglichenes Budget an. Primär geht es darum, das Ausgabenwachstum auf ein vernünftiges Mass zu begrenzen. Wir haben in der Detailberatung mit unseren Anträgen an einigen Beispielen aufgezeigt, wo dies ohne grosse Probleme und Einschränkungen im Wachstum möglich ist. Wir haben dabei ohne grosse Probleme relativ rasch ein paar Dutzend Millionen Franken gefunden, wie wir 2009 weniger wachsen können. Wir sind überzeugt, dass mit ein klein wenig Mehraufwand und vor allem Detailkenntnis aus der Regierung, die Regierung in der Lage ist, ebenfalls ohne krasse Einschnitte in bestehende Aufgabenbereiche des Kantons, das Budget ausgeglichen durch das Jahr 2009 zu bringen. Mit Blick auf die sich abzeichnenden Einnahmefälle 2010 aufgrund der Finanzkrise und möglichen Steuersenkungen ist dies auch dringend notwendig. Statt nachträglich mit Sparpaketen zu operieren, fordern wir damit die Regierung auf, proaktiv zu handeln und die Ausgaben gar nicht erst so stark anwachsen zu lassen. Auch wenn diese Anträge vielleicht nicht unbedingt dem Geist des CRG entsprechen, sind sie klar zulässig, da der politische Wille klar und deutlich zum Ausdruck kommt.

Ich habe Sie in der Eintretensdebatte gebeten, den massvollen Antrag zur Abschwächung des Ausgabenwachstums zu unterstützen und einem Kompromiss den Weg zu ebnen. Mit dem nun vorliegenden Antrag von SVP, FDP, CVP und den Grünliberalen erreichen wir einen gangbaren Kompromiss mit Konzentration auf das Notwendige zwischen zwar wünschbar höherem Sparpotenzial und ebenso wünschbaren noch höheren Ausgaben und Leistungen des Staats. Die Grünliberalen sind der Meinung, dass dieser Mittelweg angesichts der angespannten Lage vernünftig und massvoll ist und schliesslich zu einem gültigen Budget 2009 führen wird – ein gut schweizerischer Kompromiss, der zu möglichst stabilen Verhältnissen im Kanton Zürich führt, und zwar langfristig betrachtet. Genau dies braucht die Wirtschaft im Moment.

In diesem Sinn danke ich für die Kompromissbereitschaft und bitte Sie, im folgenden Abstimmungsprozedere für den neuen Antrag zu stimmen.

Heinz Kyburz (EDU, Oetwil a. S.): Lassen Sie uns nochmals rekapitulieren. Der Regierungsrat hatte ursprünglich die Absicht, uns ein ausgeglichenes Budget 2009 vorzulegen. Durch die höhere NFA-Zahlung (*Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen*) entstand nun ein Aufwandüberschuss von rund 89 Millionen Franken. Wären wir von der höheren NFA-Zahlung verschont geblieben, hätten wir heute ein ausgeglichenes Budget und ohne Zweifel auch eine Finanzkommissions- und eine Kantonsratsmehrheit, die in den aktuell gegebenen finanziellen Verhältnissen einem ausgeglichenen Budget zustimmen würde. Wir mutmassen, dass in einer solchen Situation die bürgerlichen Parteien nicht danach gefragt hätten, ob der bürgerlich dominierte Regierungsrat seine Aufgabe gut gelöst hat oder ob noch Sparpotenzial vorhanden ist, das bei einem ausgeglichenen Budget zu einem Ertragsüberschuss von rund 89 Millionen Franken führen müsste. Die Absicht, nun eine schwarze Null beziehungsweise einen Ertragsüberschuss von 12 Millionen Franken mit dem neuen Antrag zu erreichen, ist daher etwas paradox. Die Vorstellung, dass der bürgerlich dominierte Regierungsrat nur von der SP, den Grünen, der EDU und der EVP Zustimmung erhält, erscheint gar grotesk. Der Auftrag an die Regierung, den verbleibenden Aufwandüberschuss zu kompensieren und sämtliche Direktionen nach Potenzial für Aufwandsenkungen zu durchforsten, ist im Grunde ein Affront der bürgerlichen Parteien gegen ihre eigene Regierung und

insbesondere gegen die Finanzdirektorin. Aus unserer Sicht gibt es keine Veranlassung, das von der Regierung vorgelegte Budget grundsätzlich in Frage zu stellen, da der Aufwandüberschuss wie schon erwähnt durch die Mehrkosten der NFA erklärt werden kann. Wenn nun aufgrund der vorliegenden umstrittenen rund 89 Millionen Franken beziehungsweise 101 Millionen Franken, die nicht einen Prozent des kantonalen Gesamtaufwands ausmachen, die Finanzkommissions-Mehrheit das Budget ablehnt, so setzt sie hinsichtlich ihrer eigenen Tätigkeit wie auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage unseres Kantons schlechte Zeichen.

Im Sinne unserer Ausführungen ersuchen wir Sie daher, den Antrag Nummer 5 der Finanzkommission wie auch den neu eingegebenen Antrag abzulehnen und dem Minderheitsantrag 5a zuzustimmen. Selbstverständlich lehnen wir auch den Antrag der SVP, der nicht realistisch ist, ab. Bedenken Sie, wir haben heute bereits 20 Millionen Franken eingespart. Das genügt.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wenn man den Voten zuhört, hat man unweigerlich das Gefühl, das Bündnis «Vier gewinnt» respektive «Vier-plus-plus», weil es jetzt durch GLP und CVP angereichert ist, sei absolut immun gegenüber dem, was in den letzten vier Monaten in der Welt passiert ist. Wir haben erlebt, dass die Leute, die nur noch dem Markt geglaubt haben, Schiffbruch erlitten haben. Wir haben eine Renaissance des Staats erlebt. Der Staat muss auch hier in der Schweiz Banken retten. Wir wissen, überall passieren jetzt Konjunkturprogramme. In den USA, in allen Ländern, die vorher den Markt gepredigt haben, muss jetzt der Staat die Konjunktur ankurbeln. Wenn ich Ihren Voten zugehört habe, habe ich das Gefühl, es sei nichts passiert in den letzten Monaten in Ihren Köpfen. Es ist immer noch so, wie Sie Ihre ideologischen Reden halten seit eh und je, und Sie haben nichts gelernt. Was machen Sie? Sie lehnen sogar das Budget dieser bürgerlichen Regierung, also Ihrer Regierung, ab und machen noch einen grösseren Würgegriff zum Staat. Statt einigermaßen die Ausgaben aufrechtzuerhalten, damit auch die Konjunktur nicht zu fest einbricht, machen Sie genau das Gegenteil. Sie möchten das noch mehr abwürgen. Das ist Ihre Politik. Wenn der Staat dann nur im Nachhinein noch irgendwelche Banken retten kann und nicht die laufende Wirtschaft unterhalten muss, dann ist es wirklich «gute Nacht». Das ist keine Politik, die Sie da machen, das ist absolut immun gegen das, was in dieser Welt passiert. Das haben Sie zu verantworten.

Es ist natürlich relativ fahrlässig, diesen einen Antrag zu machen. Das tut meiner Juristenseele relativ weh. Wir haben vor etwas mehr als zehn Jahren im Gemeinderat der Stadt Zürich erlebt, dass wir zu 400 Budgetanträgen aufstehen mussten. Die kamen von einem RPK-Mitglied (*Rechnungsprüfungskommission*) aus der freisinnigen Partei, das heute in der Finanzkommission des Kantonsrates ist. Diese Turnübung war sehr unbeliebt. Er hat aber die Sparanträge auf alle Budgetpositionen heruntergebrochen. Das ist nicht sehr attraktiv. Budgetdebatten müssen nicht attraktiv sein, aber sie müssen zumindest korrekt sein. Dort hat dieser FDP-Mann seine Hausaufgaben gemacht. Was Sie heute anbieten, ist eine globale Wunschsendung an den Regierungsrat: Mach du, du kannst es besser. So hat es auch Katharina Weibel gesagt. Sie hat gesagt, wir hätten den Durchblick gar nicht, wo man sparen kann. Machen Sie es, Herr oder Frau Regierungsrat. Ich betone, dass wir relativ regelmässig in Kommissionen zusammensitzen und da auch das Budget beraten. Da hätte man vielleicht auch ein paar schlaue Ideen haben können.

Nun entmachten Sie sich selber als Kantonsrat. Sie entmachten den Kanton Zürich als Wirtschaftsmacht. Ich hoffe, dass Sie sich nicht ganz entmachten. Deshalb ist diese Koalition «Vier-plus-plus» abzulehnen.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Die einen oder anderen von Ihnen kommen aus der Lokalpolitik, sitzen in einem Gemeinderat und sind vielleicht sogar Gemeindepräsident. Niemand von Ihnen würde so einen Antrag an einer Gemeindeversammlung akzeptieren. Man muss aber kreativ damit umgehen. Ich möchte Regierungsrätin Ursula Gut auf einen Posten aufmerksam machen. Das Konto 9000, Kantonsrat. Diesen Posten sollte man der Kompetenz des Kantonsrates anpassen und halbieren.

Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden): Das ist tatsächlich ein kreativer Sparantrag meines Fraktionskollegen gewesen. Ich wüsste auch schon, welche Hälfte ich wegekürzen würde in diesem Rat. (*Heiterkeit*)

Dieser Kanton hat doch drei Probleme. Das erste Problem ist, das hat die Regierung in ihrer Legislaturplanung ziemlich weit in der Prioritätenliste nach oben geschrieben, das strukturelle Defizit. Das hat durchaus auch etwas mit Ausgabenbremse, mittelfristigem Ausgleich und der Kastration der Politik durch den Taschenrechner zu tun. Es

hat aber vor allem auch eine einnahmenseitige Komponente. Ich gehe davon aus, dass wir in diesem Saal in einem Jahr genau über diesen Punkt diskutieren werden.

Das zweite Problem – das ist dann das, was nach dem 31. Dezember 2008 blüht und winkt, wenn dieser KEF zu Ende ist – sind 1,35 Milliarden Franken, die fehlen für den nächsten KEF und die Finanzstrategie, die seit September 2008 versprochen ist, die uns erklären würde, wie wir denn innerhalb eines KEF-Jahrs 1,35 Milliarden Franken hereinholen wollen.

Das dritte Problem in diesem Kanton sind die Mitteparteien. Ursula Gut als Finanzdirektorin der FDP hat ihrer Fraktion gestern nach der Eintretensdebatte sehr genau erklärt, was es bedeutet für diesen Kantonsrat, wenn alles nur noch über das Konto 4950 abgewickelt wird. Wir könnten mit dem genau gleichen Recht und mit der genau gleichen Erfolgswahrscheinlichkeit auch einen Antrag stellen im Konto 4910, Steuererträge, 70 oder 90 Millionen Franken heraufzuschrauben. Das ist das Kaffeesatzlese-Globalbudget des Budgets 2009. Es könnte niemand in diesem Rat sagen, das sei falsch. Dann hätten wir auch eine schwarze Null. Wenn Sie so arbeiten wollen – wir können übrigens den Antrag auch nachreichen, aber das machen wir nicht –, dann wird genau das passieren, was Ihre Frau Finanzdirektorin gestern gesagt hat. Es braucht diesen Rat nämlich nicht mehr oder höchstens noch für eine halbe Stunde. Aber immerhin wird das Wahlverfahren im Jahr 2011 unglaublich viel einfacher, denn die Mitteparteien können darauf verzichten, bei den nächsten Wahlen Listen einzureichen. Sie brauchen im Prinzip nur noch Empfehlungen für den Regierungsrat abzugeben und dann hat sich die Politik für sie erledigt. Dieses dritte Problem können Sie ganz schnell und einfach lösen. Die ersten beiden harren noch der Lösung. Ein Budget, wie es mit dem Antrag der Finanzkommission oder dem jetzt noch verschlechterten «Mauschelgrüppi»-Antrag von heute Nachmittag verabschiedet werden soll, wird zur Problemlösung nichts beitragen.

Regierungsrätin Ursula Gut: An sich habe ich gestern in meinem einleitenden Votum alles schon ausgeführt. Sie kennen den Antrag der Regierung. Wir haben im Vorfeld dieses Budgets schon um 100 Millionen Franken korrigiert. Es wird nicht einfach sein, und es wird alle Direktionen treffen, wenn wir weitere Kürzungen vornehmen müssen. Ich bedaure, das möchte ich ausdrücklich sagen, dass der Kantonsrat

seine politischen Kompetenzen nicht wahrnimmt und die entsprechenden Korrekturen auf den Leistungsgruppen vornimmt. Aber, ich appelliere an Sie, ein Budget zu verabschieden.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Wir kommen zur Abstimmung. Ich lese für diejenigen den Antrag vor, die ihn nicht gesehen haben: Betrag alt 310'265'554 Franken, Betrag neu 411'265'554 Franken, Veränderung plus 101'000'000 Franken. Bei Annahme der Anträge 7 und 12 reduziert sich der Betrag entsprechend.

Leistungsumschreibung: Die Steigerung des betrieblichen Aufwands ist auf 3 Prozent gegenüber dem Budget 2008 (11'676'000'000 Franken) festzusetzen. Der betriebliche Aufwand im Budget 2009 soll demnach um 350 Millionen Franken angehoben und neu auf 12'026'000'000 festgesetzt werden. Mit Blick auf die KEF-Periode soll bereits für das Budget 2009 eine moderate Kostensteigerung (plus 3 Prozent) eingestellt werden.

Wie Sie festgestellt haben, haben wir drei Anträge, den Antrag der Finanzkommission Nummer 5, den Minderheitsantrag Hansueli Züllig Nummer 6 und den neuen Antrag FDP, CVP, GLP und SVP. Das heisst, um diese drei Anträge auszumehren, müssen wir das Cup-System anwenden. Der obsiegende Antrag aus diesen drei Anträgen wird dem Minderheitsantrag gegenübergestellt. Dann wissen wir, welches Budget gelten soll.

Raphael Golta (SP, Zürich): Nur der Klarheit willen: Wie ist jetzt genau der Betrag, der in diesem Globalbudget eingestellt wird? Sie haben uns eine Rechnung vorgelesen, die auch so auf dem Antrag steht, bezüglich der anderen Anträge. Man sollte Saldoanträge stellen. Wir würden gern die Zahl wissen, wenn schon der Antrag nicht zuvor zirkuliert ist.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Die 101 Millionen Franken reduzieren sich um die 20 Millionen Franken, die wir das Budget bereits verbessert haben. Das sind 81 Millionen Franken. Das heisst, es gibt einen Ertragsüberschuss von 11'622'216 Franken.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Ich möchte zuhanden des Protokolls sagen, was wir hier machen, über einen Antrag über 100 Millionen Franken abzustimmen, der nicht einmal schriftlich vorliegt, ist unseri-

ös. Das ist plakativ. Das ist eigentlich eine Sauerei. Eigentlich müsste man die Abstimmung über diesen Antrag verschieben auf das nächste Mal. Ich habe noch nie erlebt, dass Sie, wenn wir so einen Antrag einbringen würden, nicht sagen würden, Sie wollten den in der Fraktion einmal diskutieren. Sie wollten auch einmal darüber sprechen können. Weil Sie die Mehrheit im Antrag selber beinhalten, zwingen Sie uns dazu. Aber ich muss Ihnen sagen, das ist mehr als unseriös. Das gilt für die SVP, die FDP, die CVP und für die grünliberale Partei. So macht man keine seriöse Politik.

Ordnungsantrag

Julia Gerber (SP, Wädenswil): Ich bin jetzt nicht sicher, haben Sie den Ordnungsantrag auf Verschiebung gestellt? Sonst stelle ich ihn jetzt. Nächsten Montag werden wir abstimmen und am Morgen in die Fraktionen gehen.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Der Ordnungsantrag unterbricht die Diskussion. Der Ordnungsantrag lautet: Die Abstimmung, die ich genannt habe, heute abzusetzen und am Montag auszuführen.

Hans Frei (SVP, Regensdorf): Dies ist sicher nicht notwendig. Was jetzt mit dem Antrag beantragt wurde, ist gleich wie die Anträge, die während der ganzen Budgetdebatte auch herumgeboten wurden und neu eingereicht werden. Ich konnte auch keine Fraktionssitzung durchführen und schliesslich die Meinung der Fraktion einholen. Es musste über diese Anträge abgestimmt und entsprechend mussten die Entscheide gefällt werden.

Dieser Antrag ist nicht aus der Luft gegriffen. Er liegt zwischen Anträgen, die schriftlich abgegeben wurden, die Bestandteil der Vorlage sind, auch die Formulierung. Es ist tatsächlich ein Kompromissantrag, der nicht Neuerungen hervorbringen wird, die nicht abschätzbar oder nicht zu erkennen sind.

Ich bitte Sie in diesem Sinn, dem Ordnungsantrag nicht stattzugeben.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Da kann ich jetzt wirklich in keiner Weise zustimmen. Das ist ein Antrag zur Rettung des Budgets in einer Höhe und in einer Kompliziertheit, den kein Antrag erreicht hat, den wir während des Budgets abgegeben haben. Es ist ein Budget der Verleugung der politischen Sitten. Etwas anderes kann ich dazu nicht sa-

gen. Sie haben damit in der Finanzkommissions-Sitzung begonnen. Das ist schlechter Stil. Es geht so nicht, dass wir in der Fraktion nicht über Anträge von solcher Bedeutung sprechen können. Dasselbe gilt für diesen Antrag. Wir wollen ihn in der Fraktion besprechen. Wir wollen unsere Meinung dazu gemeinsam bilden. Das geht nicht, wenn wir heute abstimmen. Es ist wirklich – ich kann es nur noch einmal sagen – ganz schlechter politischer Stil, was Sie hier machen.

Nicolas Galladé (SP, Winterthur): Alle Rednerinnen und Redner haben im Eintreten betont, wie wichtig es für den Kanton sei, ein Budget zu haben. Weshalb? Damit wir Planbarkeit haben und eine sichere Grundlage. Offenbar sind wir hier selber nicht fähig, unsere Ratsitzungen für uns, die Medien und die Öffentlichkeit seriös zu planen. Wir sind auch nicht fähig, über die entscheidenden Anträge überhaupt diskutieren zu können, zumindest ein grosser Teil in diesem Rat, der da nicht einbezogen und vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Wir hatten eine Planung. Wir haben diese Planung gestern im gegenseitigen Einvernehmen abgeändert. Wir haben jetzt seit etwa 18 Uhr gerüchtemässig eine neue Planung, wann Schlussabstimmung, wann Elefantenrunde, wann was auch immer noch stattfinden wird. Gleichzeitig haben die Fraktionspräsidenten dieses Papier erhalten, eben die neue Variante «Budget auf Bierdeckel», über das wir in der Fraktion nicht beraten konnten. Ich glaube, es täte der Würde dieses Rates und der Seriosität einer Budgetberatung gut, wenn wir jetzt nicht Tausende von Stunden in Kommissionen und Fraktionen kumuliert diskutiert haben über ein Budget und dann in einer 30 Minuten-Debatte diesen Antrag, bei dem es dann doch um 100 Millionen Franken oder so geht, so genau weiss man das nicht, behandeln. Verschiedene Fraktionspräsidenten haben miteinander diskutiert, auch Journalisten. So genau weiss man das nicht. Langsam ist ein bisschen Klarheit gekommen. Ich glaube, es wäre wirklich eine Farce für das Budget und für unsere Ratsarbeit. (*Unruhe im Saal*) Ich bin noch nicht fertig. Anstand wäre auch ein Thema für die Zukunft. Anstand betrifft auch die Fairness, wie wir miteinander umgehen, wenn es um formelle Abläufe geht. Alle haben das Recht, die Zeit zu haben, um die Sachen seriös zu diskutieren. In der Zukunft, wenn wir die Finanzsituation anschauen, sind wir noch mehr darauf angewiesen, nicht noch mehr Öl ins Feuer zu giessen, sondern aufeinander zuzugehen. Die Unterstützung des Antrags auf Verschiebung wäre ein erster Schritt dazu.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Bevor ich das Wort weiter erteile, habe ich etwas klarzustellen. Wenn gerüchteweise herumgeht, wir würden heute noch die Elefantenrunde machen, dann ist das einfach falsch.

Wenn Sie mir das letzte Mal zugehört haben, dann habe ich klar gesagt, dass wir 4950 heute behandeln und abstimmen und dann, wenn noch Zeit ist, allenfalls Vorstösse der Finanzdirektion behandeln. Nachher werden wir die Elefantenrunde und die Schlussabstimmung zum Budget am Montag machen. Alles andere, was hier nun gesagt und herumgeboten wurde, ist nicht richtig. Ich bitte Sie, das nächste Mal besser zuzuhören.

Thomas Maier (GLP, Dübendorf): Ich kann mir den zweiten Teil meines Votums gerade sparen.

Ich möchte nur noch klarstellen, dass wir mit dem neuen Antrag, der jetzt vorliegt, keine Veränderung im Materiellen haben. Materiell liegt nichts Neues vor. Es ist eine andere Zahl. Die Zahl, die Sie haben, liegt ebenfalls konkret vor. Wir sind der Meinung, dass wir heute darüber abstimmen können.

Abstimmung zum Ordnungsantrag

Der Kantonsrat lehnt den Ordnungsantrag mit 96 : 69 Stimmen bei 7 Enthaltungen ab.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Wir kommen zur Abstimmung. Wir führen zuerst die Präsenzbefragung durch. Ich bitte Sie, auf die Präsenztaste zu drücken.

Anwesend sind 172 Ratsmitglieder.

Bevor ich zu den Abstimmungen schreite, gebe ich Ihnen bekannt, dass wir nach den Abstimmungen, auch die Sitzung abbrechen werden.

Abstimmung

Der Antrag 5 wird dem Antrag 6 und dem neuen Antrag von FDP, CVP, GLP und SVP gegenübergestellt. Der Antrag der Finanzkommission hat 57 Stimmen auf sich vereinigt, der Minderheitsantrag Hansueli Züllig 0 Stimmen und der Antrag der FDP, CVP, GLP und SVP 101 Stimmen.

Hansueli Züllig (SVP, Zürich): Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Wir können uns die Abstimmung Finanzkommissions-Antrag gegen neuen Antrag sparen, da dieser Antrag von FDP, CVP, GLP und SVP das absolute Mehr erreicht hat.

Abstimmung

Der neue Antrag FDP, CVP, GLP und SVP wird dem Antrag 5a gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 5a mit 101 : 70 bei 0 Enthaltungen Stimmen ab.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Damit ist das Konto 4950 bereinigt, indem wir dem Antrag von FDP, CVP, GLP und SVP den Vorzug gegeben haben. Dieser Antrag wird auch in die Schlussabstimmung vom Montag nach der Elefantenrunde gehen.

Konto 9100, Beamtenversicherungskasse

Konto 9200, Arbeitslosenkasse

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Die Beratungen werden unterbrochen.

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Sanktionierung angeblich illoyalen Verhaltens innerhalb der Verwaltung**
Anfrage Claudio Zanetti (SVP, Zollikon)
- **Auswirkungen des Volksentscheids zur Hanfinitiative**
Anfrage Susanne Rihs (Grüne, Glattfelden)
- **Zunehmende Nitratbelastung des Grundwassers**
Anfrage Françoise Okopnik (Grüne, Zürich)

5612

Schluss der Sitzung: 20.50 Uhr

Zürich, 9. Dezember 2008

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 5. Januar
2009.